CLAUDIA KEMFERT

Trumps Energiedeal mit Europa: Ein klimapolitisches Desaster

Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Die jüngste Beilegung des Zollstreits zwischen den USA und der EU umfasst weitaus mehr als Zölle. So hat sich die EU offenbar verpflichtet, bis zum Ende von Trumps Amtszeit für 750 Milliarden Dollar amerikanische Energie zu kaufen. Das mag zunächst nach einem Handelserfolg klingen, nach verlässlichen Lieferbeziehungen und damit Versorgungssicherheit. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich der Deal jedoch als klimapolitisches Desaster und strategische Falle für Europa.

Die angepeilten 750 Milliarden Dollar entsprechen etwa dem Doppelten aller EU-Energieimporte des Jahres 2024, die sich auf 375,9 Milliarden Euro (rund 405 Milliarden Dollar) beliefen. Selbst bei einer Verdopplung der US-Flüssiggasproduktion (LNG) bis 2030 wäre diese Summe kaum zu erreichen. Hinzu kommt: Die EU-Kommission kann Energieimporte nicht zentral bestellen – das ist Sache der Mitgliedstaaten und privater Unternehmen. Viele europäische Versorger zeigen sich bereits zurückhaltend bei langfristigen LNG-Verträgen, da sie mit sinkender Nachfrage rechnen.

Noch gravierender sind die klimapolitischen Folgen. Die EU hat sich verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu werden. Statt fossile Brennstoffe zu reduzieren, würde sie ihre Abhängigkeit davon für Jahrzehnte zementieren – typische LNG-Verträge laufen 15 bis 20 Jahre. Der REPowerEU-Plan, der bis 2030 den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen vorsieht, würde konterkariert. Besonders problematisch: Geplante Investitionen in grünen Wasserstoff, Wind- und Solarenergie würden durch billigeres US-Flüssiggas unrentabel. Europa würde von einem Vorreiter der Energiewende zu einem fossilen Energieimporteur degradiert – genau das Gegenteil dessen, was die Klimaziele erfordern.

Nach der schmerzhaften Erfahrung der Energieabhängigkeit von Russland droht Europa nun eine noch größere Abhängigkeit von den USA. Während 2021 noch 44 Prozent der EU-Kohleimporte aus russischen Häfen kamen (2023 nur noch 4,3 Prozent), lieferten die USA bereits 45,3 Prozent des europäischen LNG und 16,1 Prozent der Erdölimporte. Eine weitere Konzentration auf einen Lieferanten wäre strategisch verheerend. Energieabhängigkeit wird zum geopolitischen Hebel – die USA könnten europäische Politik durch Lieferstopps beeinflussen, wie Russland es zuvor getan hat.

Für die USA hingegen wäre der Deal ein strategischer Coup. Europa würde als langfristiger, zahlungskräftiger Abnehmer die amerikanische LNG-Expansion finanzieren. Das Timing ist perfekt: Trump hob gerade Bidens LNG-Exportpause auf, zwei neue Verflüssigungsanlagen starten 2025. Der Deal würde Abnahmegarantien bieten, Milliarden-Investitionen in US-Infrastruktur rechtfertigen und zehntausende Jobs schaffen. Hinzu kommen die vereinbarten 15-Prozent-Zölle auf EU-Exporte, die europäische Cleantech-Produkte wie Windräder und Solarpanels in den USA verteuern. Die zusätzlichen 600 Milliarden Dollar an Investitionen, die aus der EU in die USA fließen sollen (ebenfalls ein Teil der Handelsvereinbarung), bedeuten einen Kapitalabfluss aus europäischen Energiewende-Projekten. Europa riskiert einen „Brain Drain" bei Zukunftstechnologien.

Der Deal ist vermutlich eher politisches Theater als realistischer Handelsplan. Die EU-Struktur, bestehende Lieferverträge mit Norwegen und Algerien sowie die Konkurrenz mit zahlungskräftigeren asiatischen Märkten machen eine vollständige Umsetzung nahezu unmöglich. Dennoch sollte Europa die Warnsignale ernst nehmen. Schon die Diskussion über solche Dimensionen zeigt, wie schnell klimapolitische Fortschritte geopfert werden können, wenn der Handelsdruck groß genug wird.

Trumps Energiedeal mag wie ein Kompromiss aussehen, ist aber ein Schritt zurück ins fossile Zeitalter. Europa muss seine Energiewende beschleunigen, statt sie für fragwürdige Handelsdeals zu opfern. Nur durch echte Energiesouveränität auf Basis erneuerbarer Energien kann sich die EU aus der Erpressbarkeit befreien – egal, ob der Druck aus Moskau oder aus Washington kommt.

Dieser Kommentar ist am 30. Juli 2025 zuerst bei Focus Online erschienen.

 DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2025-32-3

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 E-Mail: kundenservice@diw.de
92. Jahrgang 13. August 2025

Herausgeber*innen
Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion
Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann; Kristina van Deuverden

Lektorat
Leon Stolle

Redaktion
Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer; Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung
Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter **www.diw.de/wochenbericht** abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter **www.diw.de/wb-anmeldung**

ISSN 1860-8787
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).